

Stadt Grevenbroich
Herrn Bürgermeister
Klaus Krützen
Am Markt 1
41515 Grevenbroich

Antrag 22 / 10. Wahlperiode des Rates der Stadt Grevenbroich:
Mobiles Arbeiten - Flächenreduktion in den Gebäuden der Stadtverwaltung

Grevenbroich, 10. März 2021

Markus Schumacher
Vorsitzender

geschaeftsstelle@
fdp-grevenbroich.de
www.fdp-grevenbroich.de

FDP Ratsfraktion
Grevenbroich
Deutsch-Ritter-Allee 27
41515 Grevenbroich

T: 02181 613 – 00
F: 02181 645 – 08

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Krützen,

die FDP-Ratsfraktion bittet Sie, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 18. März 2021 zu setzen:

Der Rat der Stadt Grevenbroich beauftragt die Verwaltung, ein Konzept vorzulegen, das beschreibt, wie die benötigte Fläche in den Gebäuden der Stadtverwaltung reduziert werden soll. Grundlage soll der geringere Flächenbedarf im Zuge des mobilen Arbeitens sein.

Begründung:

Die Arbeitsformen haben sich pandemiebedingt gewandelt. So ist das mobile Arbeiten für viele Menschen - so auch für viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung - zur geschätzten Normalität geworden. Es ist zu erwarten, dass mobiles Arbeiten auch nach der Pandemie zum beruflichen bzw. dienstlichen Alltag gehören wird. Einen Weg zurück zu althergebrachten Arbeitsformen wird es nicht geben. Auch die Stadtverwaltung Grevenbroich sollte seine Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt stärken, indem sie mobile Arbeit für möglichst viele Mitarbeitende ermöglicht.

Neben einer erhöhten Flexibilität ist ein geringerer Flächenbedarf eine der Konsequenzen aus dem mobilen Arbeiten. Bereits ohne mobiles Arbeiten liegt die Auslastung der Bürofläche aufgrund von bspw. Urlaub, Krankheit, externen Terminen oder Weiterbildungen bei ca. 80 bis 90 Prozent. Unter der Annahme, dass die Mitarbeitenden zukünftig die Hälfte ihrer Arbeitszeit im Home Office verbringen, wird die Flächenauslastung in den Gebäuden der Stadtverwaltung bei nur 40 bis 45 Prozent liegen. Dadurch ergeben sich Einsparpotentiale.

Ziel muss also sein, gemeinsam mit den entsprechenden Gremien der Stadtverwaltung ein Konzept zu erarbeiten, das mobiles Arbeiten für möglichst alle Beschäftigten erlaubt und gleichzeitig ein Desk Sharing vor Ort etabliert. Es sollte ferner geprüft werden, ob durch Umbaumaßnahmen größere zusammenhängende und mitarbeitendenfreundliche Arbeitszonen entstehen. Für ein Amt, das beispielsweise zehn Mitarbeitende hätte, würden vier bis fünf Arbeitsplätze vor Ort in den Gebäuden der Stadtverwaltung ausreichen, um ein gemeinsames Arbeiten zu ermöglichen. Und sollten wider Erwarten alle Plätze besetzt sein, wäre im Amt nebenan sicherlich noch ein Platz vakant. Solch ein Arbeiten wird, nach einer kurzen anfänglichen Periode der Umgewöhnung, von den beschäftigten Personen sehr geschätzt. Was in der freien Wirtschaft gut funktioniert, sollte auch von der Stadtverwaltung übernommen werden.

Die nach einer räumlichen Verdichtung nicht mehr benötigten Büroflächen (ca. 55 bis 60 Prozent) könnten als Büroräume fremdvermietet, nicht mehr benötigte Gebäude veräußert werden. Hier besteht ein großes wirtschaftliches Potenzial, welches angesichts der Haushaltslage nicht ungenutzt bleiben darf - vor allem vor dem Hintergrund, dass dies zu einer erhöhten Mitarbeitendenzufriedenheit führen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Schumacher
Vorsitzender